

**Auszug aus der Niederschrift  
über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 23.04.2026**

**Zu TOP: 9.8**

**Öffnungszeitenverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern korrigieren und Benachteiligung zentraler Tourismus- und Ausflugsziele beenden**

**Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei**

**Vorlage: AN 0036/2026**

Frau Kothe-Woywode erläutert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei den Antrag AN 0036/2026. Es werde die Notwendigkeit gesehen, ein Einvernehmen herzustellen. Sie bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Frau von Allwörden meint, dass es in der Verantwortung der Landesregierung liege, Fehler in der betreffenden Verordnung zu korrigieren. Die Fraktion CDU/FDP werde dem Antrag nicht zustimmen.

Nach Auffassung von Herrn Rybka sei der Antrag obsolet, da sich Landesregierung und Landtag der Thematik bereits angenommen hätten. Die Fraktion AfD lehne den vorliegenden Antrag daher ab.

Herr Quintana Schmidt appelliert für die Fraktion DIE LINKE. dafür, den Antrag zu unterstützen.

Frau Kothe-Woywode hält es für sinnvoll, wenn sich die beteiligten Institutionen vorab verständigten.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0036/2026 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft fordert den Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern nachdrücklich auf, einen „Runden Tisch“ mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden einzuberufen und sich mit diesen auf eine Neufassung der Öffnungszeitenverordnung politisch zu verständigen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diese Position der Bürgerschaft mit Nachdruck gegenüber der Landesregierung und dem zuständigen Ministerium zu vertreten.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 06.05.2026